

Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte

Am Ende des Pressegesprächs bekräftigten wir von der Bildungsgewerkschaft nochmals unsere Forderung: Wir brauchen (Aus-)Bildung statt Abschiebung!

Wie aktuell diese Forderung ist, zeigte sich zwei Tage später: Am 27. September wurde ein 18-jähriger Afghane in der Berufsschule 1 in Passau festgenommen und in Abschiebehaft gebracht. Erneut statuierte die bayrische Staatsregierung also ein Exempel, um kurz vor der Landtagswahl noch einmal Stärke zu demonstrieren und auf rechten Wähler*innenfang zu gehen. Doch inzwischen konnte ein Teilerfolg dagegen erzielt werden:

Auf öffentlichen Druck von verschiedenen Organisationen, auch von der GEW und dem bayerischen Flüchtlingsrat, wurde der Berufsschüler inzwischen aus der Haft entlassen. Sein Fall soll noch einmal geprüft werden.

von Ruth Brenner

GEW-Bezirksvorsitzende Mittelfranken

PS: Das Gerichtsverfahren gegen Asif N. wurde wegen einer Erkrankung des Richters kurzfristig verschoben. Wir bleiben an dem Fall dran und berichten weiter darüber.

Politiker*innen diskutieren über Hochschul- und Wissenschaftspolitik

Kurz vor den bayerischen Landtagswahlen lud die Landesfachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Bayern Vertreter*innen verschiedener Parteien zu einer Podiumsdiskussion nach München ein. Ausgangspunkt waren u. a. die prekäre Lage von Wissenschaftler*innen und die undurchsichtigen Mitbestimmungsmöglichkeiten des Mittelbaus. Ziel der Veranstaltung war es zu erörtern, was die Vorschläge in den Parteiprogrammen hierzu bieten können. Auf dem Podium saßen Sprecher*innen des Bereichs Hochschule und Forschung von CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP und Freie Wähler.

Bei der Eingangsfrage nach aktuellen Problemen und Herausforderungen im Bereich Wissenschaft und Hochschule waren sich die Gäste einig, dass Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen nicht mit einer soliden Finanzierungs-

Neben Problemen der Drittmittelfinanzierung wurden Fragen der Mitbestimmung und Organisationsstrukturen der Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen diskutiert. Die Vertreterinnen der Linken, Grünen und SPD machten sich für Mitbestimmungsrechte des Mittelbaus und der Studierenden sowie eine bessere Vertretung der Lehrbeauftragten besonders stark. CSU, FDP und Freie Wähler blieben unkonkret oder zeigten Bedenken: Gerade eine Erweiterung der Gremien durch neue Statusgruppen würde laut CSU die Entscheidungsfindung eher erschweren. Aus Sicht der GEW bedeutet dies im Klartext eine Einschränkung demokratischer Prinzipien und die »Alleinherrschaft« der Professor*innenschaft.

Obwohl alle Vertreter*innen ein Bewusstsein für die prekären Beschäftigungsbedingungen haben, bleibt abzuwarten, was davon in der aktuellen Legislaturperiode umgesetzt wird. Spannend ist auch, ob und wie sich die Wahlergebnisse auf die Wissenschafts- und Hochschulpraxis auswirken. Man kann nur hoffen, dass die Parteien den GEW-Forderungen diesmal mehr Beachtung schenken und so eine Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen erreicht werden kann. Davon würden nicht nur die Betroffenen, sondern die gesamte Gesellschaft profitieren.

von Klara-Aylin Wenten

Sprecherin der Fachgruppe Hochschule und Forschung (HuF) der GEW München



Auf dem Podium diskutierten (v. l. n. r.) Michael Piazzolo (Freie Wähler), Oliver Jörg (CSU), Nicole Gohlke (Die Linke), Verena Osgyan (Bündnis 90/Die Grünen), Isabell Zacharias (SPD) und Prof. Uwe Kleindienst (FDP)

grundlage ausgestattet sind. So plädierten sie für eine Erhöhung der Grundfinanzierung.

Als ein weiteres, akutes Grundproblem identifizierte Nicole Gohlke (Die Linke) die ausufernden Befristungen, die – wie Michael Piazzolo (Freie Wähler) ebenso unterstrich – negative Auswirkungen auf den Karriereweg hätten und eine sichere Zukunftsplanung nicht möglich machten. SPD-Vertreterin Isabell Zacharias verwies hierbei auf die von der GEW immer wieder geforderte Einrichtung von »Dauerstellen für Daueraufgaben«. An den Befristungen sah Oliver Jörg (CSU) jedoch grundsätzlich nichts Problematisches. Er wies vielmehr darauf hin, dass es bei dem Thema Karrierewege vor allem um Elitenförderung gehen müsse. Dass dies z. B. konträr zu den Forderungen des Templiner Manifests steht, muss an dieser Stelle wohl nicht weiter ausgeführt werden.



Die Diskussion wurde von Sandra Fluhrer und Eduard Meusel von der GEW-Landesfachgruppe Hochschule und Forschung (HuF) moderiert